

MEINUNGEN UNSERER LESERINNEN UND LESER

Bitte gern geschehen, liebe Axpo

Wow. Die Axpo verkündet stolz, was für ein gutes erstes Halbjahr sie hatte. Und haut gleich noch mit geplanten Investitionen nach. Dies, obwohl sie erst gerade noch vom Staat unterstützt wurde. Aufgrund der angeblichen Mangellage an Strom, haben die meisten Stromproduzenten eifrig ihre Preise – teils heftig – nach oben geschraubt. Fette Gewinne resultierten daraus. Die Axpo weist satte 3,2 Milliarden Franken Gewinn im ersten Halbjahr aus, also sechsmal höher als im Vorjahr. Anstatt die Gewinne wieder an die Kunden zurückzahlen oder gut zu schreiben, werden diese lieber direkt wieder investiert. Von den 4 Milliarden Franken Staatsgarantien, um welche die Axpo betteln musste, redet niemand mehr. Bereits wird wieder heftig investiert. Allem voran in Solarparks in Glarus und Graubünden. Stolz präsentiert man, dass man mit 14,2 tWh rund 40 Prozent des Schweizer Stromverbrauchs abdecke. Bei aller medienwirksamen Vermarktung der Solar Energie: Bitte einfach nicht vergessen, dass 12 tWh davon aus Kernenergie (Axpo Anteile an Beznau 1 und 2, Gösigen und Leibstadt) stammen. Genau deshalb sollte man diese Firmen nicht auch noch mittels Subventionen quer finanzieren. Ähnlich wie die Banken streichen die Energiekonzerne Geld vom Staat ein, wenn es nicht läuft oder nutzen die Strommangellagen aus, um die Preise zu erhöhen, um fette Gewinne zu erzielen. Zurück kommt gar nichts. Im Gegenteil: Man investiert fleissig weiter und erhöht kontinuierlich die Preise. Einerseits durch direkte Preiserhöhungen und andererseits durch die bezogenen Subventionen.

Alex Haslimann
Kantonsrat Risch

Leider nur milchige Transparenz

«Etwas ist faul im Staate Dänemark», so heisst es in Hamlet im Zusammenhang mit verdeckten Mauseheleien um des Königs Tod. Neuheim ist kein Königreich und trotzdem legen einige Lokal-Politiker die Rechte und Pflichten in der Demokratie bestenfalls fraglich aus. In den letzten sechs Jahren gab es vier Gemeindegewalt-Wechsel und die operative Leitung des Bauamts wurde drei Mal ausgetauscht. Vom letzten Gemeindegewalt, der sich entschieden hat, eine neue Herausforderung zu suchen gibt es klare Hinweise, dass das Arbeitsklima schlecht ist. Vor diesem Hintergrund scheint es mir angebracht, dass der Gemeinderat den Neuheimerinnen und Neuheimern klaren Wein einschenkt, aber auch dass die Politik Klarheit verlangt. Ein Wechsel eines Amtsleiters oder einer Gemeindegewalt kostet den Steuerzahler ja nicht nur die vom Gemeinderat angegebenen Kosten von 38'000 Franken für die Analyse einer externen Firma, sondern es geht jedes Mal Wissen verloren. Für mich ist es erstaunlich, dass sich die Mehrheit der Neuheimer Parteien entweder nicht zum Thema äussern, nicht nachfragen wollen oder Formfehler in der Kommunikation ankneifen. Das eigentliche Problem, dass die Neuheim Steuerzahler es anscheinend akzeptieren müssen, dass Amtsleiter sich über Jahre die Klinke in die Hand geben und dass die vakanten Stellen mit teuren «Springern» ad-interim besetzt werden, scheint nicht zu interessieren. In der Antwort auf die Interpellation zum Pro-

blem hat der Gemeinderat jetzt zumindest eingeräumt, dass die Analyse einer Beraterfirma 2020 ergeben hat, dass es im Tagesgeschäft zwischen dem Gemeinderat und der Verwaltung (der tatsächlichen Umsetzung) Schwachstellen gibt, insbesondere in der Führung. Sonnenlicht ist das beste Desinfektionsmittel. Das gilt auch im übertragenen Sinn, wenn Licht ins Dunkel gebracht wird. Die politische Hierarchie in einer Gemeinde ist Amtsträger, gemeindliche Exekutive (Gemeinderat) und zuoberst steht die Bevölkerung. Dieser muss Rechenschaft gegeben werden. Dies ist jetzt zum Teil geschehen, wenn auch die Antwort so formuliert wurde, dass man den Text förmlich röntgen musste, um auf des Pudels Kern zu stossen. Ich bin froh, dass die Gemeinde Neuheim in den letzten zwei Monaten wieder zwei fähige Personen für das Amt der Gemeindegewalt und für die Leitung des Bauamts einstellen konnten. Und ich hoffe sehr, dass es nicht bereits wieder in den nächsten Jahren zu Rotationen kommt. Es scheint, der Gemeinderat kann seinen Beitrag dazu leisten, indem er die Empfehlungen im Bericht der Zürcher Beraterfirma (welche er in Auftrag gegeben und der Bürger bezahlt hat) umsetzt und das Verwaltungsleiter-Modell endlich auch in der Praxis einführt.

Flurin Grond
Kantonsrat FDP, Neuheim

Realistische Lösungen bei den Kosten im Gesundheitswesen

Die Belastungen für die Kosten der Krankenkassenprämien steigen ungebremst. Auch diesen Herbst drohen dem Mittelstand und den Familien rekordhohe Prämien erhöhungen. Die SP hat eine Initiative eingereicht, die auf den ersten Blick verführerisch ist, aber das Problem nicht an der Wurzel packt. In der ersten Woche der Sondersession ist der Ständerat auf einen Gegenvorschlag zur Prämieninitiative der SP eingetreten. Der Nationalrat hat einen Gegenvorschlag zur Initiative beschlossen, der enorme Kosten für Kantone und Bund verursacht. Unser Ständerat Peter Hegglin hat einen neuen Vorschlag eingebracht, der verkräftbare Kosten verursacht, und eine realistische Alternative zur SP-Initiative darstellt. Er konnte die Kommission und dann den Ständerat überzeugen, dass es jetzt pragmatische Lösungen braucht, um einerseits überraschende Initiativen zu bekämpfen und andererseits den Anstieg der Prämien wirksam zu bekämpfen. Dies ist nur ein kleines, aber typisches Beispiel für den Einfluss von Peter Hegglin in Bundesbern, den er sich mit Kompetenz, Sachlichkeit und konstruktiven Lösungsvorschlägen in den wichtigsten Kommissionen im Ständerat erarbeitet hat. Mit Peter Hegglin hat der Kanton Zug einen einflussreichen Ständevertreter in Bern, der mit seiner kompetenten Kommissions- und Parlamentsarbeit auf sich aufmerksam macht, und deshalb auch in den kommenden Wahlen das Vertrauen der Zugerinnen und Zuger verdient.

Andreas Hausheer
Kantonsrat, Steinhausen

Der Drang... der Politiker

vor kurzem fand der Info Abend »Der Drang ans Gymnasium – braucht der Kanton Zug eine Übertrittsprüfung, um die gymnasiale Quote zu senken?« statt. Diese Podiumsdiskussion wurde nicht wie eigentlich erwartet von der Bildungsdirektion initiiert, sondern von der LVZ und VM Zug, an die-

ser Stelle vielen Dank. Es wurde sehr schnell klar, dass die Mehrheit im Saal die gleiche Meinung teilte: Niemand will diese Prüfung. Dieser breite Konsens kommt von einer sehr heterogenen Gruppe: Lehrer aus der Primarschule, Eltern, Vertreter der Schuldirektoren, Bildungsforscher, Vertreter der Kantonschule. Für mich als Elternteil stützt sich die Ablehnung einer Übertrittsprüfung auf zwei Zahlen: Die Drop Out Quote der Kantonschule Zug liegt bei zirka 1 Prozent und die Drop Out Quote im Kanton Zürich liegt bei etwa 10 Prozent. Einfach gesagt, die Zuweisungen an das Gymnasium im Kanton Zug (ohne Prüfung) hat deutlich weniger Ausfallquote als im Kanton Zürich (mit Prüfung). Das System läuft gut. Der Bildungsdirektor Stephan Schleiss konnte auch dem Publikum nicht erklären, was der Sinn der Sache ist: Warum braucht der Kanton Zug eine Übertrittsprüfung? Dieser Kampf der Bildungsdirektion erinnert mich ein bisschen an Don Quijote und die Windmühlen. Herr Schleiss, jagen Sie bitte die richtigen Probleme und nicht Chimären: Zum Beispiel musste ich einmal mehr feststellen, dass auch auf Kantonsebene die Schulraumplanung sehr hinterherhinkt. Unterstützen wir die nächste Generation mit mehr und gut ausgebildeten Lehrern, mit guter und genügender Infrastruktur. Diese kommenden Generationen werden viele Problemen lösen müssen (Klimawandel, AHV Kasse für die Babyboomers füllen, usw.) legen wir keine unnötigen Steine in den Weg, sondern geben wir diesen Kindern die bestmögliche Ausbildung/Ausrüstung für den Zukunft.

Caroll Hirt, Zug

Echte Probleme lösen

Wir haben ein Problem. So zumindest das Empfinden der linken Nationalrätin Manuela Weichelt bezüglich des Fussweg-Signals. Denn laut ihr ist dieses «einen erwachsenen Mann mit Hut und ein Mädchen» zeigende Bild durch eines zu ersetzen, «das der in der Bundesverfassung verankerten Gleichstellung der Geschlechter besser entspricht». Zeigt dieses Bild tatsächlich einen Mann und ein Mädchen wäre die Gleichberechtigung der (binären) Geschlechter damit bereits gegeben. Ausserdem zeigte es einen Mann, der sich aktiv in der Kinderbetreuung engagiert, was einer linken Forderung entspricht. Vielleicht ist die erwachsene Person aber gar kein biologischer Mann, denn welcher Mann trägt heute noch Hut? Vielleicht ist es eine biologische Frau, die sich als Mann fühlt oder einfach gerne so kleidet, oder eine Person, die früher eine biologische Frau und heute ein Mann oder nichts von beidem oder beides ist. Auch das «Mädchen» ist vielleicht ein biologischer Junge, der sich gern als Mädchen kleidet, oder ein Kind, das sich noch nicht für eine klassische Geschlechterrolle entschieden hat und dies vielleicht auch nie tun wird. Ist dieses binäre Denken in klassischen Geschlechterrollen einer linken Politikerin nicht schockierend? Was aber viel schockierender ist, ist die Tatsache, dass gewisse Politikerinnen und Politiker lieber Pseudoproblemen nachjagen und Verkehrsschilder kritisieren, als sich mit effektiven Problemen wie beispielsweise der maroden Altersvorsorge oder wirklicher Diskriminierung wie der, des Militärdienstes auseinanderzusetzen.

Tamara Lötscher, Neuheim

Umsetzbare Lösungen sind gefragt

Nach dem Wahlsonntag in der Schweiz und der Annahme des Klimaschutzgesetzes stehen wir vor der Herausforderung, neue Lösungen zu finden. Ideologisches Gedankengut allein wird uns nicht weiterbringen. Es ist an der Zeit, über pragmatische Ansätze nachzudenken.

Es ist offensichtlich, dass alternative Energie nicht ausreichen werden, um den Energiebedarf der Schweiz zu decken. In diesem Zusammenhang sollten wir eine Diskussion über den Bau neuer Kernkraftwerke aufnehmen. Es gibt zahlreiche Vorteile, die berücksichtigt werden sollten. Energiesicherheit und Unabhängigkeit haben oberste Priorität. Kernkraftwerke bieten genau das: eine zuverlässige und kontrollierte Energieversorgung, die unseren Wohlstand und unsere Sicherheit gewährleistet. Zudem sind sie klimaschonend und platzsparend. Durch die Selbstversorgung mit Strom können wir auch die Kontrolle über unsere Energieversorgung behalten. Der Bau von neuen Kraftwerken könnte die Energieversorgung der nächsten Jahrzehnte sichern, ohne die Natur zu verschandeln oder auf Importe angewiesen zu sein.

Es ist wichtig, eine umfassende Diskussion zu führen und alle Vor- und Nachteile verschiedener Energiegewinnungsmethoden zu berücksichtigen. Es ist jedoch auch unumgänglich anzuerkennen, dass die Kernkraft eine äusserst effiziente Energiequelle ist. Die Technologie von Kernkraftwerken hat sich in den letzten



Raphael Wisser.

Foto: zvg

Jahren massiv verbessert und neue Reaktortypen wurden entwickelt. Es ist an der Zeit, die Diskussion erneut zu führen. Wir müssen Lösungen finden, die unseren Energiebedarf decken und gleichzeitig unsere Umwelt schützen. Wir haben die Verantwortung, uns von starren ideologischen Standpunkten zu lösen und nach pragmatischen und nachhaltigen Lösungen zu suchen. Die Zukunft unserer Energieversorgung liegt in unseren Händen, und es ist entscheidend, dass wir alle verfügbaren Optionen in Betracht ziehen, um die Energiesicherheit in der Schweiz zu gewährleisten. Denn Energie ist der Garant für unser Leben und Lebensqualität, die wir alle als selbstverständlich betrachten.

Raphael Wisser
SVP Kantonsrat Zug

Braucht der Kanton Zug einen Staatsfonds?

Zug ist in der komfortablen Lage alle Voraussetzungen zu erfüllen, die zur Errichtung eines Staatsfonds erforderlich sind, ohne in irgendeiner Weise unter Zugzwang zu stehen.

Ein Staatsfonds wird aus Geldern ge-
öffnet, die bereits vorhanden sind
und über das Mass hinausgehen, was
der Staat für seine Aufgaben braucht.
Dies ist beispielsweise der Fall, wenn
grosse Vorkommen an Mineralien,
Erdöl oder Erdgas erschlossen wer-
den und dem Staat bedeutende zü-
sätzliche Einkünfte zufließen. Das
zweite Kriterium ist, dass diese Ein-
künfte zeitlich beschränkt und von
Natur volatil sind. Auf Jahre mit ho-
hen Einkünften können solche mit
tieferen Einkünften folgen. Es er-
gibt sich die Notwendigkeit, akku-
mulierte Überschüsse für längere
Zeit zu bewahren.

Natürlich verfügt der Kanton Zug
nicht über ausbeutbare Vorkom-
men von Mineralien oder Energie-
trägern. Dank der Präsenz zahlrei-
cher bedeutender Firmen und wohl-
habenden Individuen fallen hier
aber regelmässig Überschüsse im
Staatshaushalt an. Wir haben flä-
chendeckend eine der tiefsten
Steuerbelastungen und der Kan-
tonsrat berät aktuell eine weitere
Steuersenkung. Zudem zahlt der
Kanton Zug bald den grössten Bei-
trag in den nationalen Finanzaus-
gleich ein. Der Trend beschleunigt
sich.

Die Einführung der OECD-Mindest-
steuer erinnert uns daran, dass unse-
re sehr erfolgreiche Tiefsteuerstrate-
gie möglicherweise nicht in alle
Ewigkeit weiter funktionieren wird.
Mit der aktuellen Vorlage wird der
Steuerwettbewerb für grosse Unter-
nehmen faktisch ausgeschaltet. Was
wenn die OECD beschliesst, dass



Tabea Estermann.

Foto: zvg

auch kleine Unternehmen eine sol-
che globale Mindeststeuer zahlen
müssen?

Es wäre kurzsichtig, den aktuellen
Geldsegen in nicht erforderliche
Projekte oder eine generalisierte Lar-
gesse versickern zu lassen. Ein
Staatsfonds würde die Möglichkeit
bieten, unseren insgesamt erfreu-
lichen Zustand gegen zeitliche Fluk-
tuationen und allfällige Rückschlä-
ge abzusichern. Wird der Fonds über
eine genügend lange Dauer alimen-
tiert, sorgen die Erträge für zusätz-
liches Wachstum. Der Fonds wird
so zu einem Garant für den Wirt-
schaftsstandort Zug und den Wohl-
stand der nachfolgenden Generatio-
nen.

Der Volksmund lehrt: «Spare in der
Zeit, dann hast du in der Not.» Der
Kanton Zug wird auch ohne Staats-
fonds gut durch die Zukunft kom-
men, doch es wäre eine Überle-
gung wert.

Tabea Estermann
Kantonsrätin und
Präsidentin GLP Kanton Zug